Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 23. April 1887. Nr. 184.

Deutscher Reichstag.

19. Plenarsitzung vom 22. April.

Präsident v. Wedell-Piesdorf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Bundesrathstische: Staatssekretär Dr. von Schelling u. A.

Eingegangen sind heute der Nachtragsetat, das Anleihegesetz für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres und für strategische Bahnen, und der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes betreffend die Quartierleistung und Naturalleistung für die bewaffnete Macht im Frieden.

Tagesordnung:

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für die Rechtsanwälte.

Staatssekretär Dr. v. Schelling erklärt zunächst, daß es beim Zustandekommen der Reichs-Justizgesetze an den nothwendigen Grundlagen für die Bemessung der einzelnen Kostensätze gefehlt habe; man habe aber nur probeweise vorgehen können. Wenn nun nach acht Jahren die verbündeten Regierungen an eine Revision des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte herantreten, so erfüllten sie nur eine Pflicht gegen das Publikum. Dieselben seien indessen bei dieser Revision mit großer Mäßigung und mit aller gebührenden Rücksichtnahme auf den Anwaltstand vorgegangen; man sei bei der Normirung der einzelnen Sätze zum Theil den von Mitgliedern des Hauses, welche dem Anwaltsstande angehören, geäußerten Wünschen, zum Theil solchen von verschiedenen Anwaltskammern nachgekommen und die Existenz des Anwaltstandes werde durch die neuen Gebührensätze nicht gefährdet werden. Wenn es im Interesse der Gesetzgebung liegt, dem Anwalt dieselbe Lebenslage zu gewähren, wie dem Richter, so hätte thatsächlich ein ausreichend beschäftigter Anwalt erheblich höhere Einnahmen als ein Richter. Was die Frage der Herabsetzung der Gerichtskosten anlange, so sei eine allgemeine Herabsetzung gegenwärtig nicht durchführbar, denn die Einnahmen der Justizverwaltung deckten die Ausgaben ohnehin bei Weitem nicht und es würde eine weitere Abwälzung auf die Gesammtheit der Steuerzahler nothwendig werden. Der Staatssekretär schließt seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß die in Rede stehende, seit 7 Jahren in Fluß befindliche Frage nunmehr zu einem gedeihlichen Abschlusse kommen möge.

Abg. Dr. Meyer-Jena (nat.-lib.) vermißt in der Vorlage die Ermäßigung der Gerichtskosten, wie sie von zahlreichen Kreisen nach wie vor herbeigewünscht werde; Redner ist auch nicht in der Lage, sich mit allen Einzelheiten der Vorlage, soweit es sich um Herabsetzung der Anwaltsgebühren handle, einverstanden zu erklären, hat vielmehr erhebliche Bedenken, die er an der Hand der Vorlage im Einzelnen skizzirt, um schließlich die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu befürworten.

Abg. Dr. Porsch (Zentrum) giebt in eingehendster Weise einen historischen Ueberblick über die verschiedenen Phasen, welche die Frage einer Revision des Gerichtskostengesetzes und der Gebührenorduung für Rechtsanwälte durchlaufen. Redner bekämpft sodann die Haltung, welche die verbündeten Regierungen in dieser Frage eingenommen und speziell die heutigen Ausführungen des Herrn Staatssekretärs; derselbe erklärt, wie der Vorredner, daß die Wünsche des Reichstages auf die Herabsetzung der Gerichtskosten nicht erfüllt worden und wendet sich sodann zu einer abfälligen Kritik des die Herabsetzung der Anwaltsgebühren betreffenden Theiles der Vorlage, gegen deren Verweisung an eine Kommission er nichts einzuwenden hat, wenngleich er sich nur wenig Erfolg davon verspricht.

Bundeskommissar Geh. Rath. v. Lenthe führt dem Vorredner gegenüber aus, daß die verbündeten Regierungen keineswegs die Verpflichtung übernommen hätten, auf jeden Fall und ohne Rücksicht auf praktische Erfahrungen eine Revision des Gerichtskostengesetzes im Sinne einer Ermäßigung dem Reichstage vorzuschlagen. Nach der Ansicht der verbündeten Regierungen hätten die Klagen über die Höhe der Gerichtskosten im Publikum in der That aufgehört.

Die Abgg. von Reinbaben (deutsche Reichspartei) und Kurtz (deutschkons.) äußern sich günstig für die Vorlage, während der Abg. Munckel (deutschfreis.) erklärt, die Vorlage werde, wenn sie zum Gesetz erhoben würde, ein allgemeines Heruntergehen der Prozeßkosten zur Folge haben und diese Kosten werde der Anwaltstand tragen müssen.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Nachtrags-Etat und Anleihegesetz.

Schluß 4½ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

38. Plenarsitzung vom 22. April.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertische: von Goßler und Kommissarien.

Tagesordnung:

Fortsetzung der ersten Berathung des Gesetz-Entwurfs betreffend die Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze.

Abg. v. Eynern (natlib.) wirft, um die Vorstellung, als seien die Nationalliberalen die Urheber des Kulturkampfes, zu beseitigen, einen Rückblick auf die Geschichte des letzteren. Seit 8 Jahren beschäftige sich das Haus schon mit Friedensgesetzen; wiederholt sei der Versuch des Friedensschlusses ein vergeblicher gewesen und dasselbe Resultat sei auch jetzt wieder zu erwarten. Die katholische Kirche werde immer eine kämpfende bleiben und die Friedenspolitik des Papstes verfolge ganz andere eigennützige Zwecke. Es handle sich immer wieder um einen Kampf der katholischen gegen die evangelische Kirche, der seinen Ursprung keineswegs den Maigesetzen verdanke. Der Kampf würde erst dann beseitigt sein, wenn die Kurie ihre letzten Zwecke und Ziele erreicht haben würde. Er betrachte die Grundlage der Maigesetze nach wie vor als richtig, halte aber die einzelnen Paragraphen nicht für unantastbar, sondern sei vielmehr für eine organische Revision dieser Gesetzgebung. Darauf zu dem vorliegenden Gesetzentwurfe und der Stellung der Parteien übergehend, erklärte der Redner, daß die gestrige Rede des Abg. Richter eine warme Dankrede an das Zentrum für dessen Unterstützung bei den letzten Wahlen gewesen sei. (Beifall und Heiterkeit.) Die Haltung Richters könne nicht Wunder nehmen, da in allen Ländern der Welt der Radikalismus die Geschäfte des Ultramontanismus besorge. Wie die Haltung des Liberalismus, habe auch diejenige der konservativen Partei zur Schwächung der Regierung beigetragen (Widerspruch rechts) und eine Beunruhigung der evangelischen Kreise hervorgerufen, welcher durch den Antrag Hammerstein Rechnung getragen werde. Redner hofft, daß die Stellung der Regierung zur evangelischen Kirche, wie sie vom Reichskanzler gestern angedeutet worden, eine entgegenkommende sein werde, und daß, wenn es sich um Dotationen der evangelischen Kirche handeln werde, das Ministerium dieser Angelegenheit eine freundliche Haltung zeigen werde. (Beifall rechts.) Das vorliegende Gesetz sei ungefähr der sechste fruchtlose Versuch, den Frieden herzustellen und das Zentrum werde noch immer von Windthorst geführt. Das Zentrum habe seine Kampfesstellung auch durch Unterstützung aller radikalen Elemente bei den letzten Wahlen deutlich gezeigt. Die nationalliberale Partei sei zum Frieden geneigt, wie sie ebenfalls bei den Wahlen bewiesen habe; halte aber den vorgeschlagenen Weg nicht für geeignet. In den von seiner Partei vorgeschlagenen Kommissionsberathungen würden hoffentlich die Bedenken einzelner Paragraphen beseitigt werden. Unter Bezugnahme auf belgische Verhältnisse weist der Redner auf die propagandistische Thätigkeit der Orden für die katholische Kirche hin und erklärt schließlich, seine Partei stelle sich nicht durchaus ablehnend zu dem Gesetze, sie werde dasselbe vielmehr im Einzelnen prüfen und dann definitiv Stellung nehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Hammerstein (dkons.): Der Herr Vorredner hat durch die Art, wie er die Nothwendigkeit einer kommissarischen Berathung der Vorlage betonte, auf uns, die wir eine solche nicht für nöthig erachten, den Vorwurf zu werfen versucht, als behandelten wir die Angelegenheit mit einer gewissen Leichtfertigkeit. Ich will dem gegenüber nur an die Thatsache erinnern, daß die Nationalliberalen, als es sich im Laufe der Maigesetze darum handelte, die fremden Orden auszuschließen, gegen den Antrag auf Kommissions-Berathung der hierauf bezüglichen Vorlage eingetreten sind. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Was uns Konservative betrifft, so sind wir uns sowohl des Ernstes der Situation, wie auch der Verantwortlichkeit unserer Haltung vollkommen bewußt, und wir finden es nur unbegreiflich, daß dieselben Männer, welche einst so ohne Skrupel den Kulturkampf etabliren halfen, heute noch, trotz der unendlich trüben Erfahrungen mit diesem Kampfe, unverbesserlich auf ihrem alten Standpunkte beharren. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Diese Haltung erinnert uns lebhaft an die Stellung jener großen, geschlossenen liberalen Partei. Ich will nun nicht näher auf die Ausführungen des Herrn Vorredners eingehen. Interessant ist nur die Art, wie er die Ursache des Kulturkampfes im Gegensatz zur gestrigen Darstellung des Herrn Ministerpräsidenten auffaßt. Während nämlich Fürst Bismarck die Bildung und demnächstige staatsfeindliche Haltung des Centrums für den Kulturkampf verantwortlich macht, erblickt der nationalliberale Herr Vorredner die Ursache dieses Kampfes in den Bestrebungen der Kurie, ihre Machtsphäre im Staate zu erweitern. Diese doppelte Art der Darstellung erweist unsere Auffassung als die richtige, daß nämlich die Ursache des Kulturkampfes an höherer maßgebender Stelle zu suchen ist, daß man aber die Waffenschmiedung anderen Personen überlassen hat. (Sehr gut! im Centrum.) Nun hat ja Herr v. Eynern allerdings zu meiner Genugthuung, offenbar unter dem Druck der Ueberzeugung, daß auch der evangelischen Kirche schwere Schäden aus jenem Kampfe erwachsen sind, heute eine freundliche Erklärung bezüglich der Haltung seiner Freunde zu meinen, auf Abstellung dieser Mißstände gerichteten Anträgen abgegeben. Das ist an sich ja recht erfreulich, allein ich hätte doch gewünscht, daß die Nationalliberalen diese Haltung schon im vorigen Jahre bekundet hätten, wo ich hier einen einfachen Antrag einbrachte, der Sie (zu den Nationalliberalen) nach keiner Richtung hin vinkulirt haben würde. (Sehr richtig! rechts.) Nach meiner Auffassung war der Kulturkampf von langer Hand vorbereitet (sehr richtig! im Centrum), es war einfach der Kampf des Liberalismus gegen die Kirche als Trägerin der göttlichen Wahrheit. (Lebhafte Zustimmung rechts und im Centrum.) Die Briefe und Memoiren des großen Freimaurers (Heiterkeit) und Nationalliberalen Bluntschli haben über diese Thatsache ein helles Licht verbreitet. Man gab das Schlagwort der unveräußerlichen Staatsrechte gegenüber hierarchischen Bestrebungen aus, und unter diesem Schlagwort, das in der offiziösen Presse eine lebhafte Unterstützung fand, trug man in Schulen und Kirchen den flachen Rationalismus hinein. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Den schädlichen Wirkungen des Kulturkampfes haben wir nach Kräften entgegengestrebt, wir haben da, wo wir dieselben vorfanden, an ihrer Beseitigung mitgeholfen und selbst in der Resolution Althaus die Nothwendigkeit einer organischen Revision der Maigesetzgebung betont. Auch heute sind wir bereit, durch unser Votum für die gegenwärtige Vorlage der katholischen Kirche das Maß von Freiheit zu geben, dessen sie bedarf, um ihre geistlichen Kräfte wirksam entfalten zu können. Allein, meine Herren, wir fordern auch für die evangelische Kirche volle Parität, und wie wir fest zu dem Hohenzollern-Wahlspruch, „Suum cuique!“, stehen, so verlangen wir auch „Idem cuique!“, d. h. dasselbe Recht für die evangelische Kirche. Für diesen Anspruch hat die evangelische Kirche eine offizielle und Allerhöchste Verheißung in der Thronrede vom 18. November 1871, worin es wörtlich heißt: „Einen Gesetzentwurf betreffend die Aufbringung der Synodalkosten empfehle Ich Ihrer Aufmerksamkeit umsomehr, als der Staat der evangelischen Kirche noch immer die Ausführung des § 15 der Verfassungsurkunde verbunden mit den dazu nöthigen Einrichtungen schuldet, und dieses Gesetz nur eine nothwendige Vorbedingung ist.“ M. H., der Staat hat diese an allerhöchster Stelle anerkannte Schuld nicht bezahlt; das haben selbst Männer wie Miquel und Dr. Falk zugegeben. Wir stehen nun allem Anschein nach vor einem Systemwechsel in der Kirchenpolitik des preußischen Staates; denn während derselbe früher aus eigener Machtvollkommenheit bestimmte, welches Recht einer Kirche zu gewähren sei, scheint nach den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten jetzt das System der Selbstbestimmung Platz greifen zu sollen, denn Fürst Bismarck hat ja erklärt, daß die Bedürfnisse der Katholiken Preußens von ihnen selbst zu bestimmen seien. Nach dieser Erwägung würde ich der Vermehrung der Rechte der katholischen Kirche widersprechen, möchte aber nach den Ausführungen des Fürsten Bismarck, daß er das Gesetz zur Konsolidirung unserer inneren Verhältnisse brauche, und daß die Sicherheit des Reiches gefährdet sei, die Verantwortung nicht übernehmen. Diese Verantwortung liegt gänzlich auf Seiten desjenigen Faktors, der jetzt mit dem Papste Frieden macht, den berechtigten Wünschen der evangelischen Kirche aber nach einer Erweiterung ihrer Rechte sich verschließt. (Bravo! rechts.)

Ministerpräsident Fürst Bismarck glaubt, daß die Tendenz des Hammersteinschen Antrages die vielfachen Streitigkeiten in der evangelischen Kirche noch um eine vermehren würde. Die Regierung bietet dazu nicht die Hand; sie macht es sich zur Regel, Initiativanträge aus dem Plenum nicht sogleich zu unterstützen, sondern abzuwarten, welche Stellung das Haus dazu einnimmt, um sich nicht zum Vorspann der Wünsche Einzelner zu machen. Der gegenwärtige Moment sei nicht geeignet, einen solchen Erisapfel in die Friedensverhandlungen zu werfen. Er wolle jedoch nicht annehmen, daß die Mitglieder der evangelischen Kirche den Friedensschluß von Konzessionen für sie (die Kirche) abhängig machen würden; dazu denke er zu hoch von ihnen. Zur Ausführung des Hammersteinschen Antrages seien große Zuschüsse von Seiten des Staates nöthig, die erst dann möglich würden, wenn dem Staate neue Einnahmequellen eröffnet würden. Derartige Initiativanträge sollten nicht in dem Moment gestellt werden, wo die Regierung ihre Freunde nöthig brauche. Er möchte die Herren bitten, mehr Vertrauen zu der Regierung und Schutze des Königs als des summus episcopus der evangelischen Kirche zu haben. Vor allem aber möge man so ganz heterogene Fragen auseinander halten und den Friedensschluß nicht erschweren. Im Uebrigen wäre garnicht er, sondern sein Kollege, der Kultusminister, kompetent in dieser Frage. (Beifall.)

Abg. Pfaff (natl.) erblickt in dem Antrage Hammerstein den Versuch, den Kulturkampf in die evangelische Kirche hineinzutragen. Daß Windthorst sich für den Antrag so warm ausgesprochen, mache ihn sehr verdächtig. (Heiterkeit.) Der Kampf werde vom Zentrum fortgesetzt werden; er könne nicht für die Vorlage stimmen, um dem preußischen Staate nicht die Waffen aus der Hand zu nehmen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Brüel (Hospitant des Zentrums) spricht sich für die Vorlage aus, ohne die Gefahren zu verkennen, die in der Bestimmung über die Ausbildung der Geistlichkeit liegen. Die Gefahren aber, die man von den Orden fürchtete, beständen nur in den Augen der Unkundigen. Der Redner geht näher auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes ein, befürwortet dieselben und greift dann auf den Kulturkampf zurück, welchen er als mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Sittlichkeit unvereinbar charakterisirt. Redner schließt mit der Erklärung, daß die evangelische Kirche von einer staatlichen Dotation keinen Vortheil haben, sondern nur von den obersten Kirchenbehörden und Synoden eine wirksame Förderung zu erwarten haben werde.

Ministerpräsident Fürst v. Bismarck wendet sich gegen den Vorredner, sowie die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter. Beide Redner verträten die Richtung solcher antipäpstlichen Blätter, mit denen das Zentrum öffentlich nicht zu

sympathisiren wage; da hätte man befreundete Abgeordnete gebeten. Der Abg. Brüel sei Lehnsmann des Zentrums, Hospitant und Welfe, der sein Möglichstes thue zur Stärkung der reichsfeindlichen Partei und zur Verschärfung des Streites. Dieser Grundsatz sei auch derjenige des Antrages des Abg. v. Hammerstein, welcher sich gewiß diese Eigenschaft vorher nicht klar gemacht habe. Wie habe sich ein Mann mit solchen Auffassungen, wie der Vorredner, so lange als Hospitant des Zentrums halten können. Oder hätte er politische Motive dabei gehabt? Er habe ihn (den Reichskanzler) in scharfer und bitterer Weise angegriffen, ihm vorgeworfen, er habe den Krieg gegen die eigenen Unterthanen geführt. Wenn Abg. Brüel darunter parlamentarische und publizistische Kämpfe verstehe, so hätten wir heute ganz ähnliche Kämpfe gegen Welfen und Sozialdemokraten zu führen. Das sei aber kein Krieg gegen Unterthanen, sondern ein Kampf zwischen der Regierung und verschiedenen Parteien. Die Forderungen der Sittlichkeit, die Abg. Brüel von ihm (dem Reichskanzler) verletzt glaube, seien weit mehr in Frage gestellt durch die Umtriebe der Welfenpartei gegen das Vaterland, als durch seine (des Kanzlers) Vertheidigung der nationalen Sache. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Stöcker**: Die Vorlagen der Regierung gehen von dem Gesichtspunkte der kirchlichen Freiheit aus. Welche Gefahren in dieser jetzt versuchten Regelung liegen, kann noch Niemand voraussehen. Wird uns dies Gesetz den Frieden geben? Es ist mehrfach gesagt, das gegenwärtige Oberhaupt der katholischen Kirche sei friedlich gesinnt. Dies sei ja anzuerkennen, aber täuschen wir uns nicht: der Papst ist keine Person, sondern ein Prinzip, und deshalb ist der Friede nie als gesichert zu betrachten. Nach anderen Seiten ist der Papst gar nicht friedlich; er war es, der aus den Prinzipien der Reformation den Nihilismus ableitete und unsere Missionare Sendboten der Finsterniß nennt. Sehe man sich die Vorlage näher an, so lege er (Redner) keinen großen Werth auf die Vorbildung und die Anzeigepflicht; was aber ihn und die evangelische Kirche besorgt mache, sei die Frage der Orden. Es liege in ihnen eine große Gefahr, da gegenwärtig der Kampf zwischen der evangelischen und katholischen Kirche so heiß entbrannt sei, wie nicht einmal im dreißigjährigen Kriege. Die Orden bilden eine mächtige Propaganda; wer ihre Statuten liest, kann nicht finden, daß sie die allgemeine menschliche Bildung erstreben. Ein anderer Gesichtspunkt von sehr großem Werthe sei die Annahme, daß die evangelische Kirche stark genug sei, um den Kampf gegen die katholische aufzunehmen. Ich kann aber dem Fürsten Reichskanzler nicht zugeben, daß wir seit 1871 gewonnen hätten an Freiheit und Selbstständigkeit; im Gegentheil, es wurde von anderer Seite schon ausgesprochen, die neue Verfassung sei die Unterwerfung der Kirche unter den Staat. Das Kräfteverhältniß ist schwächer bei der evangelischen Kirche; das Prestige der katholischen Kirche werde bis ins Ungemessene wachsen. Wir stehen einer starken Propaganda gegenüber, welche die evangelische Kirche gefährdet. Gegenüber der stark angewachsenen Macht der katholischen Kirche ist es nöthig, auch die evangelische zu stärken. Wir sind dem Reichskanzler dankbar, daß er ihr Dotationen zugesichert hat. Ich glaube, daß die evangelische Kirche in ihrer Bescheidenheit die Regierung bitten kann, ihr mehr Freiheit und Selbstständigkeit zu geben. Wenn der Reichskanzler dies nicht thun wolle, so sähe er (Redner) sich verhindert, der Vorlage zuzustimmen.

Nachdem Abg. Dr. **von Jazdzewski** (Pole) eine Erklärung des Inhalts verlesen, daß seine Fraktion der Vorlage zustimme, wird die Debatte geschlossen; es erfolgen persönliche Bemerkungen, von denen diejenige des

Abg. Frhrn. v. **Hammerstein** (dtschkf.) hervorzuheben, welcher gegenüber den Ausführungen des Ministerpräsidenten Fürsten v. Bismarck erklärt, daß er für die Vorlage eingetreten sei und daß sein Antrag nicht erst von gestern datire.

Der Antrag v. **Eynern** auf Kommissions-Verweisung wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen abgelehnt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr.

Tagesordnung: Berathung kleinerer Vorlagen und Volksschulleistungs-Gesetz.

Schluß $4^1/_4$ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 22. April. Die zustehenden Ausschüsse des Bundesrathes, so wird berichtet, werden erst morgen, Sonnabend, die Berathung über die Branntweinsteuer beginnen. Bei der geschäftlichen Verhandlung wird man das gleiche Verfahren inne halten, wie bei dem Nachtragsetat und dem Anleihegesetz, d. h. es soll die strengste Geheimhaltung des Entwurfs und der Kommissionsberathung beobachtet und nichts Verläßliges bekannt werden bis zu dem Beschlusse des Plenums. Aber es steht fest, daß sich die Dinge nicht schnell abwickeln werden. Die Angelegenheit wird von den einzelnen Regierungen in ernste und eingehende Berathungen genommen, so daß die Arbeiten im Bundesrath im Wesentlichen von den Informationen der Bevollmächtigten abhängig sind. Die Branntweinsteuer-Vorlage wird kaum vor den nächsten 8—10 Tagen dem Reichstage vorliegen. Wann die Zuckersteuer an den Bundesrath kommt, ist noch nicht abzusehen. Unter solchen Umständen wird nirgend daran gedacht, die Reichstagsarbeiten schon vor Pfingsten abschließen zu können.

Ausland.

Paris, 20. April. Je näher das Jahr 1889 rückt, desto ungemüthlicher wird es den Franzosen bei dem Gedanken ihrer Weltausstellung. Sehr viele sehen jetzt schon ein, daß man mit der Wahl dieses Revolutionsjahres und der offen ausgesprochenen Absicht, die Weltausstellung zu einer Apotheose der französischen Revolution zu gestalten, einen schweren Fehler begangen hat. Eine „Weltausstellung" ohne die hauptsächlichsten Weltmächte ist ein Unding, und es ist schwer abzusehen, wie man noch an dem internationalen Charakter der Ausstellung festhalten kann. Offiziell sucht man freilich die Thatsache abzuschwächen, daß Rußland und Deutschland nicht theilnehmen werden, während man auch über die Absichten Oesterreichs nicht zweifelhaft sein kann. Man klammert sich noch an die Hoffnung, daß Oesterreich-Ungarn die Ausstellung wenigstens privatim beschicken und daß die österreichische Industrie auch ohne staatliche Vertretung nach Paris kommen werde. Wahrscheinlich rechnet der Handelsminister Lockroy dabei auf die ihm von tschechischer Seite, insbesondere von Herrn Rieger gemachten Zusagen. Einige Blätter sprechen auch den Wunsch aus, daß Deutschland wenigstens, wie bei der letzten Pariser Ausstellung, die Abtheilung der schönen Künste beschicken möge, doch scheint auch dazu keine Aussicht vorhanden zu sein. Wenn aber der „Gaulois" heute sagt, daß Deutschland doch wenigstens diese Abtheilung beschicken möge, in der es das vorige Mal so große Anerkennung gefunden habe, während es erklärlich scheine, daß Deutschland auf dem Felde der Industrie nicht in den Wettbewerb eintreten wolle, weil es hier die Ueberlegenheit Frankreichs kenne und fürchte, so ist das wohl nicht die richtige Art, um uns zu einer Theilbeschickung zu bewegen.

Ultramontane und reaktionäre Blätter, denen es eine verschämte, aber unverkennbare Freude macht, den Republikanern das Mißlingen ihrer Anstrengungen vorzuwerfen, behaupten auch, daß England und Italien dem von Deutschland, Oesterreich und Rußland gegebenen Beispiel nachfolgen würden, und das wird von der „Polit. Korresp." hinsichtlich Englands bestätigt. Sollten alle großen Staaten oder doch die meisten und industriell wichtigsten ablehnen, so scheint den Franzosen nur noch die Wahl zu bleiben, die Ausstellung entweder aufzuschieben oder zu einer rein nationalen zu machen. Und da der Erfolg eines Aufschubes immerhin zweifelhaft ist, so neigen viele Franzosen der Ansicht zu, daß man am besten auf den internationalen Charakter der Ausstellung verzichten sollte.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. April. Herr **von Sommerfeld**, der neu ernannte Regierungs-Präsident für Stettin, ist heute hier eingetroffen.

— Der Schüler August **Kopplin** aus Demmin hat am 19. Februar d. Js. im Beistande des Arbeiters Karl **Reimer** aus Leistenow die Schulknaben Max und Otto **Borköper** aus Demmin, welche auf dem Eise der Peene eingebrochen waren; die Schiffer Friedrich **Weber** und Wilhelm **Hauft** aus Bergland haben am 18. Februar d. J. den Schüler Paul **Grulke** hierselbst, welcher auf dem Eise des Dunzig eingebrochen war und der Knecht Heinrich **Behlke** und der Bäckermeister **Haefke** sen. aus Seebad Heringsdorf haben den Bäckergesellen **Kopmann**, den Fischer **Wiedenbohm**, dessen Ehefrau und die unverehelichte Anna **Wiedenbohm**, ebendaher, welche auf dem Eise des Schloensee bei Seebad Heringsdorf eingebrochen waren, am 4. Februar d. J. vom Tode des Ertrinkens gerettet. Diese menschenfreundlichen Thaten werden durch die königl. Regierung mit dem Hinzufügen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den Rettern eine Geldprämie bewilligt worden ist.

— Vom 1. Mai ab wird in Frauendorf eine Postagentur eingerichtet; zum Bestellbezirk der neuen Postanstalt gehören die Ortschaften Bollinken nebst Fabrik und Abbau, Herrenwiese, Rehhof, Gotzlow mit Abbauten, Julo, Bodenberg und Holzhof, Bergquelle und Elisenhöhe.

— Am 15. Mai findet in Stettin die zum Nachweise der Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlaggewerbes durch das Gesetz vom 18. Juni 1884 vorgeschriebene Prüfung statt. Die Meldungen zu dieser Prüfung sind rechtzeitig vorher unter Einreichung eines Geburtsscheins und etwaiger Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung, sowie unter Einsendung der Prüfungsgebühren von 10 Mark an den Vorsitzenden der Prüfungs-Kommission, Herrn Departements-Thierarzt Müller zu richten.

— Der Viehhalter Rakow in Torney sandte gestern seinen Knecht August **Fritz** mit einem leeren Schlempewagen fort, um Schlempe zu holen, Fritz kehrte jedoch nicht wieder zurück, sondern hat anscheinend das Fuhrwerk verkauft. Der Wagen war mit einer Fuchsstute bespannt.

— Gestern Abend wurde der Maschinist **Klatt** aus Wolgast in Haft genommen, weil er in der Heiligengeiststraße verschiedene Personen anrempelte und mit einem Messer bedrohte. Als er nach der Nachtwache gebracht wurde, leistete er auch dort energischen Widerstand, so daß er gebunden zur Kustodie befördert werden mußte.

Aus den Provinzen.

** **Daber**, 21. April. Eine Feier, wie sie unser Städtchen wohl noch nie gesehen hat, vereinigte eine Anzahl Herren aus Daber und Umgegend im Hotel des Herrn Steffen. Es war ein Kommers zu Ehren des auch in weiteren Kreisen bekannten und beliebten Sanitätsraths, Herrn Dr. Salpius, dem zur Feier seines hundertsten Semesters diese Ovation von den hier anwesenden Studenten Hildebrandt, Schmidt, Schultz, Tschentscher und Janisch veranstaltet worden war. In dem Festzimmer, welches mit dem roth-weiß-grünen Wappen der Hanseaten (das Korps, dem der Herr Sanitätsrath angehörte), ferner mit einem Schlägerpaar, Fechtkörben, Guirlanden und dem Bilde des Herrn Jubilars geschmackvoll dekorirt war, versammelten sich bald nach 8 Uhr die Theilnehmer. Die beiden Präsiden, Herr stud. theol. Schmidt und Herr stud. theol. Schultz hatten aus Anlaß dieses spezifisch Daber'schen Festes die Farben der Stadt Daber (roth-weiß) angelegt und waren, wie es der Feierlichkeit des Kommerses angemessen war, in vollständigem Wichs erschienen. Als der Herr Sanitätsrath nahte, wurde er von den beiden Präsidenten empfangen und unter den Klängen eines feierlichen Einzugsmarsches in das Festzimmer geleitet. Wie blitzte da der blaue Stahl, wie klirrten die Schläger aneinander, unter denen hindurch der Jubilar, gefolgt von den Herren Anwesenden, an seinen Ehrenplatz geleitet wurde! In den Ohren so manches alten Burschen war das liebliche Musik, waren das volltönende Akkorde, die ihm wieder seine Studentenjahre, des Lebens schönste Zeit, lebendig vor die Seele führten. Nachdem die Klänge des Liedes: „O alte Burschenherrlichkeit, wohin bist du geschwunden!" verrauscht waren, wies Herr stud. theol. Schmidt in kurzen, erhebenden Worten auf die Bedeutung des Tages hin und brachte dem allverehrten Herrn Jubilar die Glückwünsche der Anwesenden dar, worauf Herr stud. theol. Schultz denselben mit dem Cerevis und dem Bande der Hanseaten schmückte. Am Schluß seiner Rede forderte der erste Präside die Anwesenden zu einem donnernden Salamander zu Ehren des Herrn Sanitätsraths auf. Und wahrlich, die alten Herren hatten in dem Ernst ihres Berufslebens noch nicht vergessen, was studentischer Komment ist: der Salamander klappte, wie aus einem Guß. In bewegten und inhaltsvollen Worten dankte der Herr Jubilar. — Hundert Semester. Welch eine Spanne Zeit! Ein halbes Jahrhundert mit seinen frohen und trüben Tagen war an ihm vorübergezogen, seit er die Universität bezog, um zeitlebens ein Student zu bleiben. Die Herren, welche so zahlreich erschienen waren, um die erhebende Feier verschönern zu helfen, bewillkommnete Herr stud. theol. Schultz im Namen der aktiven Studenten und forderte die Letzteren auf, ihnen zu Ehren einen urkräftigen Salamander zu reiben. In sehr feierlicher Stimmung verging so der offizielle Theil des Kommerses. — Die Fidulität wurde eingeleitet durch einen Fackelzug mit Kerzen, der unter dem Absingen des Gaudeamus igitur dem Herrn Jubilar von sämmtlichen Anwesenden gebracht wurde. Daran schloß sich eine humoristische Aufführung. Als Bänkelsänger verkleidet besangen die Herren stud. theol. Schmidt und Schultz in einem von Letzterem verfaßten Liede einzelne Episoden aus dem Leben des Herrn Jubilars, die im Verein mit den von Herrn Studiosus Schmidt gemalten urkomischen Bildern die Lachlust der Anwesenden unwiderstehlich herausforderten. Reichlicher Beifall folgte der wohlgelungenen Aufführung. In der heitersten Stimmung verlief so der fidele Theil des Kommerses. Die ersten Morgenstunden, die ja bekanntlich Gold im Munde haben, fanden noch einen engeren Kreis von Auserwählten beisammen, die den gemeinsamen Anfechtungen des Gambrinus und des Morpheus siegreichen Widerstand geleistet hatten. Endlich machte jedoch der Schlummergott sein altes Recht geltend, das letzte Häuflein der Getreuen brach auf.

Kunst und Literatur.

Die „Deutsche Romanbibliothek" (Stuttgart, deutsche Verlags-Anstalt), bekanntlich eine der besten und billigsten Bibliotheken, bringt im 1. Quartal d. J. „Die Familie Darner" von Fanny Lewald, die Romane „Edwiesen" von Robert Byr, „Asylrecht" von Wilhelm Jensen. Der eine läßt in einer Welt voll sittenlauer Persönlichkeiten, unlauterer Berechnungen und verbrecherischer Umtriebe eine Liebe erblühen, die zu schöner Läuterung der Herzen und der Verhältnisse führt; der andere aber entwickelt einen ganz eigenen Reiz dadurch, daß er in dem Helden einen jungen Schriftsteller zeichnet, dessen Geschicke sich unvermerkt in einer Weise entfalten, die eine feine Parallele zu denjenigen Vorgängen bildet, die er selbst in einer dem Roman eingefügten reizenden Novelle aus der deutschen Vergangenheit zu poetischer Darstellung gebracht hat. Jensens feine Ironie und launige Satire geben dem Roman eine besonders pikante Färbung. [123]

Bankwesen.

Mainz-Ludwigshafen (Hessische Ludwigsbahn) Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen von 1868/69 und 1881. Die nächste Ziehung findet Anfang Mai statt. Gegen den Kursverlust von ca. $2^1/_2$ Prozent bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 4 Pfg. pro 100 Mark.

Wochenbericht über die Berliner Börse.

Fonds.

Berlin, 22. April.

Trotz verschiedener ungünstiger Zeitungsartikel, welche zumeist die prekäre politische wie finanzielle Lage Rußlands ins Auge faßten, verharrte die Börse auch in der vergangenen Woche in vorwiegend fester Tendenz. Besonders befriedigte die Mittheilung, daß die Rothschild-Gruppe den größten Theil der übernommenen ungarischen Papierrente begeben habe und sich bereits dazu rüste, zu Beginn des nächsten Monats mit der Emission von 30 Millionen österreichischer Papierrente vorzugehen. Erst am Schluß der gestrigen Börse trat eine merkliche Abschwächung ein auf die Nachricht, daß die Regierung einen Kredit von 170 Millionen Mark zur Bestreitung der militärischen Ausgaben fordere, welche durch Begebung von Reichsanleihe beschafft werden sollen. Wiewohl die Börse auf dieses Ereigniß schon seit Wochen vorbereitet war, so wurde doch in Erwägung gezogen, daß zur Aufnahme dieser Anleihe größere Posten ausländischer Renten zum Verkauf gelangen dürften, und mußten daraufhin Renten, speziell Egypter und Ungarn, mehr oder weniger nachgeben, während sich Bankaktien ziemlich auf ihrem höchsten Niveau behaupten konnten. — Anhaltend reges Interesse machte sich für Bahnen bemerkbar, besonders waren Mainzer in Folge der günstigen März-Einnahme und der befriedigenden Jahresbilanz beliebt Dortmund-Gronau-Aktien wurden weiter favorisirt. — Mecklenburger allein lagen schwach. Von ausländischen Bahnen blieben vorzugsweise Schweizer Werthe gefragt. — Montanwerthe gedrückt in Folge der schlechteren Glasgower Notirungen.

Sachs & Pincus, Berlin,
Bank- und Getreidegeschäft.

Viehmarkt.

Berlin, 22. April. Städtischer Zentral-Viehhof. Amtlicher Bericht der Direktion.

Zum Verkauf standen: 531 Rinder, 849 Schweine, 1367 Kälber, 14 Hammel.

Bei **Rindern** wurden circa 150 Stück geringer Waare zu bisherigen Preisen abgesetzt.

Der **Schweinemarkt** wurde bei ruhigem Handel ziemlich geräumt. Preise unverändert. Waare 1. Qualität fehlte.

In **Kälbern** verlief das Geschäft in Folge des reichlichen Angebots für gute Waare ruhig, für geringe aber schleppend. Man zahlte für beste Qualität 40—50 Pfg., beste Posten auch darüber, und geringere Qualität 28—38 Pfg. pro 1 Pfund Fleischgewicht.

In **Hammeln** fand kein Umsatz statt.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 22. April. Der Zweck des Pariser Detektive in Breslau ist völlig erfüllt. Wir erfahren Folgendes:

Im Koffer Henry Gastons alias Gustav Geisler, welchen dieser in einem Pariser Hotel zurückließ, fanden sich Wäsche, ein Bund Schlüssel, 2 Portemonnaies, Handschuhe, ein goldenes Medaillon mit dem Bildniß einer älteren Dame. Durch die Polizei wurde festgestellt, daß der Koffer Breslauer Fabrikat, aus der Fabrik des Sattlers M. Bezüglich zweier Oberhemden, aus denen die Firma ausgetrennt, wurde aus der Konfektionsnummer 4084 konstatirt, daß die Hemden aus dem Lager des hiesigen Kaufmanns L. stammten, wo sie für den Sohn des Kaufmanns G. mit G. G. gezeichnet wurden. Der Kaufmann G. hat einen Sohn zur Zeit in Paris, der sich gegenwärtig im Mazas-Gefängniß befindet und zwar wegen Selbstmordversuches und Tragens verbotener Waffen. Die Entlassung sollte erfolgen, sobald die Breslauer Angehörigen das Reisegeld geschickt. Da der junge Mann Georg heißt und das Medaillonbild das seiner Mutter, ferner unter den Schlüsseln sich der Hausschlüssel des Kaufmanns G. befand, endlich auch verschiedene Wäschestücke rekognoszirt wurden, so ist zweifellos erwiesen, daß der im Gefängniß Mazas Inhaftirte identisch mit Gustav Geisler ist, was von Paris hierher auch bestätigt wurde. Ob G. G. am Morde der Madame Regnault betheiligt ist, ist noch nicht erwiesen. Der Polizeibeamte Goron ist nach Paris zurückgekehrt.

Metz, 22. April. Die auswärts verbreiteten Nachrichten von in letzten Tagen hier stattgehabten Ausweisungen sind unbegründet.

Paris, 22. April. Die Tendenz der Börse war ausgesprochen flau und nahm zeitweilig einen panikartigen Charakter an. Renten schwankten prozentweise. Am Schluß traf auf Berliner Notirungen eine mäßige Erholung ein. Gleichwohl bleibt die Stimmung beunruhigt.

Rom, 22. April. Nach Meldungen aus Massowah ist General Saletta heute früh daselbst eingetroffen und wird morgen das Kommando über das Expeditionskorps übernehmen.

Rom, 22. April. Wie verlautet, sollen von der Kurie folgende Ernennungen definitiv beschlossen sein: Rotelli Nuntius in Paris, Galimberti Nuntius in Wien, di Pietro Nuntius in Madrid, Ruffo Scilla Nuntius in München. Als wahrscheinlich wird die Ernennung Rampollas zum Kardinal-Staatssekretär und die Ernennung Agliardis zum apostolischen Delegirten in Konstantinopel oder zum Sekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten (an Stelle Galimbertis) bezeichnet. Sämmtliche Ernennungen sollen indeß erst nach dem Mitte nächsten Monats stattfindenden Konsistorium publizirt werden.

Bukarest, 22. April. Lord Grower, ein Bruder des Lord Granville, ist, von einer Orientreise zurückkehrend, hier eingetroffen und gestern vom Könige empfangen worden. Derselbe wird sich in einigen Tagen von hier nach Wien begeben.

Die Söhne des Waffenschmieds.

Original-Roman von E. Heinrichs.

41)

Endlich kehrten die Geschworenen in den Saal zurück; ihre ernsten, Unheil verkündenden Mienen legten sich felsenschwer auf die hoffenden Herzen und bannten jeden flüsternden Laut.

Der Gerichtshof war wieder vollzählig konstituirt und der Angeklagte wurde hereingeführt, um den Wahrspruch der Geschworenen, welcher durch den Obmann verkündigt werden sollte, entgegenzunehmen.

Derselbe lautete, mit Verneinung aller Milderungs Zusätze, auf: Schuldig des vorsätzlichen Raub- und Verwandten-Mordes unter erschwerenden Umständen.

Der Angeklagte, welcher mit stolz erhobenem Haupte den Wahrspruch angehört, warf einen besorgten Blick auf den Vater, der verständnißlos den Kopf schüttelte. Als er den geliebten Sohn so voll edler Würde dastehen sah, strömte es wie neues Leben durch seine Glieder und sich erhebend, streckte er die Rechte wie segnend gegen ihn aus.

Dann aber kam der schwerste Moment dieses furchtbaren Tages. Die Richter kehrten zurück, um das Strafmaß zu verkünden.

Unter Todtenstille nahm der Präsident das Wort. Es schien, als ob sein Mund sich sträube, das Schreckliche auszusprechen. „Der hohe Gerichtshof hat dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß jeden Milderungsgrund ausschließen und die volle Strenge des Gesetzes walten lassen müssen. Das Urtheil lautet auf Tod —"

Ein furchtbarer Schrei und zugleich der laute Ruf: „Halt, Herr Präsident! Der Angeklagte ist unschuldig, der wirkliche Mörder entdeckt!" unterbrach wie ein jäher Riß den Urtheilsspruch.

Charley Longfield, welcher den Schrei ausgestoßen, war ohnmächtig zusammengebrochen, während der Polizeikommissar Reinick mit einer Depesche in der hocherhobenen Hand soeben den Saal betreten hatte und mit jenem triumphirenden Ruf jetzt auf den Präsidenten zuschritt.

Dieser nahm die Depesche entgegen, las und reichte sie dem Staatsanwalt, der dieselbe ebenfalls mit etwas verdutztem Gesicht überflog und den lächelnden Kommissar dann fast drohend anblickte.

Reinick, welcher vor dem Zeugentisch stand, erklärte mit wenigen Worten, daß er sich über den Fall seine besondere Ansicht gebildet und auf eigene Gefahr den Detektiv Wendel nach London auf die Suche des Mörders gesandt habe. Von Wendel rühre diese Depesche her.

Der Vertheidiger, der ebenfalls Einsicht von dem Inhalt genommen, beantragte die sofortige Verlesung des Telegramms und Freilassung seines Klienten, wogegen der Staatsanwalt entschiedene Verwahrung einlegte, obwohl er die Verlesung nicht hindern konnte.

Das Telegramm lautete:

„Habe den Mörder dingfest gemacht; es ist der Vetter des angeblich Schuldigen, ein Italiener Namens Filippo Sachini, — auch die Werthpapiere gerettet. Sorgen Sie für die sofortige Freilassung des dortigen Gefangenen. Wendel."

Das Publikum brach nach dieser Verlesung in stürmische Freudenrufe aus, welche der Präsident mit der Glocke und einer ernsten Verwarnung sofort unterdrückte.

„Kommen Sie doch zu sich, lieber Herr!" flüsterte der Barbier Wedemeier, welcher sich des Ohnmächtigen angenommen hatte, diesem fast zärtlich in's Ohr, indem er ihm mit kölnischen Wasser, das er zur Vorsicht zu sich gesteckt, Stirn und Schläfe rieb. „Ihr Sohn ist ja unschuldig, — er wird ja freigesprochen. Herrgott, was so'n Engländer doch für eine feste Ohnmacht haben kann. Nun sitzen wir Beide schön d'rin, was?" wandte er sich dann leise an Hinze, der mit fahlem Gesicht, zusammengepreßten Lippen und wuthfunkelnden Augen die überraschende Wendung der Dinge, welche seine ganze Karriere, ja sogar seine Stellung in Frage setzte, wie in einer Art Betäubung beobachtet hatte.

Er schien die Frage des Barbiers gar nicht verstanden zu haben, da er mechanisch den Kopf schüttelte und leise vor sich hin murmelte.

Charley Longfield richtete sich in diesem Augenblick auf und sah verstört um sich.

„Er ist unschuldig," flüsterte er angstvoll.

„Natürlich," nickte der Barbier. „Der verflixte Italiener ist's doch gewesen; Ihr Sohn hat's nicht gethan, — aber so was von einer Aehnlichkeit!"

Longfield wäre beinahe auf's Neue, diesmal aber vor Freude, ohnmächtig geworden, als der Barbier ihm flüsternd die Mittheilung von der soeben angelangten Depesche gemacht.

Wenn der Vertheidiger nun auch die sofortige Freilassung des Gefangenen nicht erlangte, da der Staatsanwalt sich erst des Anderen versichern wollte und bis dahin die Wahrheit der überraschenden Neuigkeit stark bezweifelte, so war doch Charley Longfield jetzt vollständig beruhigt, so weit die Rettung seines Sohnes in Frage kam.

Vater und Sohn tauschten noch einen innigen Blick mit einander, bevor letzterer abgeführt wurde, worauf jener den Schwager aufsuchte, um ihm mit feuchtem Blick die Hand zu drücken. Er bemerkte es auch jetzt noch nicht, daß er der Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit und Sympathie geworden, und wurde angenehm überrascht, als erst einige und dann viele Damen und Herren ihn anredeten, beglückwünschten und ihm die Hand drückten. Die Familien-Tragödie bildete mit dem blutigen Abschluß einen wirklichen Roman, welcher um den Waffenschmied und die Seinen einen eigenartigen Zauber wob.

Nur der Staatsanwalt Dr. Fürstenberg und sein Detektiv Hinze schienen nicht davon berührt zu sein, sondern eine souveräne Verachtung dagegen an den Tag zu legen, auch dem Polizei-Kommissar Reinick geflissentlich aus dem Wege zu gehen, weil Beide es letzterem nicht vergeben konnten, so heimtückisch auf eigene Faust vorgegangen zu sein.

Dr. Fürstenberg wollte deshalb nur das Eintreffen des wirklichen Mörders abwarten, um sich dann versetzen zu lassen, und der neuen Schwurgerichts-Verhandlung dieses sensationellen Falles zu entgehen, während Hinze den Dienst völlig zu quittiren und sich einem bürgerlichen Beruf zuzuwenden beschloß, da er die rasche Beförderung und öffentliche Belobung des kleinen Wendel nicht zu ertragen vermochte.

Der Vertheidiger aber suchte Charley Longfield sogleich im Hotel auf, um ihn für seine mannhafte Aussage zu loben.

„Mir Lob?" meinte er verlegen. „Ich habe Tadel verdient, daß ich den guten unschuldigen Sohn um des schlechten Neffen willen leiden ließ. Aber Sie wissen nicht, lieber Herr, wie sehr wir meine Gattin zu schonen hatten und für wie unmöglich ich eine Verurtheilung gehalten."

„Ja, die Geschichte ist erstaunlich," lächelte der Jurist. „Mir ist dieses Verschweigen geradezu unverständlich. Desto dankbarer bin ich Ihnen für Ihre Enthüllung, welche um so effektvoller wirken mußte, als die Geschworenen kein Gewicht darauf legen mochten und das Telegramm aus London wie eine Bombe darauf losplatzte. Die langen Gesichter, — es war wirklich zum Malen! Haben Sie sich den Staatsanwalt angesehen? Er war grün vor Aerger —"

„Mein Himmel!" fiel Heideck erstaunt ein, „ihm kann's doch gleich sein, ob mein Neffe oder ein Anderer verurtheilt wird."

„Davon versteht ein Laie nichts," erwiderte der Anwalt eifrig. „Wie kann's ihm gleich sein, wenn der Angeklagte, nachdem er sein ganzes Talent aufgeboten, denselben an's Messer zu liefern, durch den Vertheidiger oder, noch schlimmer, wie hier der Fall, durch die entdeckte Wahrheit ihm entrissen wird? Das ist ein Ehrenpunkt, meine Herren, den nur ein Jurist begreift. Ihre Ent-

Börsenbericht.

Stettin, 23 April. Wetter: schön. Temp. + 12° R. Barom. 28" 2"'. Wind O.

Weizen still, per 1000 Klgr. loko 162—167 bez., per April-Mai 167,5—167 bez., per Mai-Juni 167,5 bez., per Juni-Juli 169 bez., per Juli-August 167 B., per September-Oktober 166,5 bez.

Roggen behauptet, per 1000 Klgr. loko 118—120 bez. per April-Mai 120 G., per Mai-Juni 120,5 B. u. G., per Juni-Juli 122 bez., per Juli-August 123,5 B. u. G., per September-Oktober 125,5 G.

Gerste ohne Handel.

Hafer höher, per 1000 Klgr. loko pomm. 103—111 bez., preuß. 108 bez

Rüböl unverändert, per 100 Klgr. loko o. F. b. Kl 45 B. per April-Mai 44 B., per September-Oktober 44,5 B.

Spiritus still, per 10,000 Liter % loko o. F. 39 4 bez., per April-Mai 39,5 B. u. G., per Mai-Juni 39,7 B. u. G., per Juni-Juli 40,4 B. u. G., per Juli-August 41,1 B. u. G., per August-September 41,7 B. u. G.

Petroleum per 50 Klgr. loko 10,40—10,45 verz. bez.

Landmarkt. Weizen 165, Roggen 122—123, Gerste 118—130, Hafer 120, Kartoffeln 30—36 Heu 3—3,5, Stroh 28—33.

Termine vom 25. bis 30. April.

Subhastationssachen.

26. A.-G. Treptow a. R. Das dem Ziegeleibesitzer Aug. Wendorf geh., zu Zedlinerberg bel. Grundst.
27. A.-G. Pasewalk. Das dem Mühlenbaumstr. Wilh. Luwe geh., daselbst bel Grundstück.
28. A.-G. Stettin. Das dem Oekonom Otto Klokow geh., in Stolzenhagen bel. Grundstück.
    A.-G. Alt-Damm. Das zum Nachlaß der Rentier Kiekhöfel'schen Eheleute geh. daselbst bel. Grundst.
    A.-G. Stepenitz. Das dem Müller W. R. Rackow geh, in Medewitz bel. Grundstück.
29. A.-G. Naugard. Das dem Schneidermeister Fr. Walter jr. geh., daselbst bel. Grundstück.
    A.-G. Greifenberg. Das zum Nachlaß des Drechslermeisters Joh. Hörning geh., daselbst bel. Grundstück.
30. A.-G. Stettin. Das der Schuhmachermeister Friederike Arens, geb. Zimmer, geh., hierselbst, kl. Ritterstraße 4, bel. Grundstück.
    A.-G. Swinemünde. Das dem Restaurateur Aug. Schubert geh., im Seebad Heringsdorf bel. Grundst.

Konkurssachen.

25. A.-G. Anklam. Erster Termin: Lederhändler J. Wagner daselbst.
    A.-G. Anklam. Erster Termin: Kfm. C. Behncke zu Drewelow.
27. A.-G. Anklam. Erster Termin: Kfm. Otto Behncke zu Spantekow.
28. A.-G. Stettin. Prüfungs-Termin: Kfm. P. L. Berg hierselbst.
29. A.-G. Stettin. Erster Termin: Händlerin Wittwe Marie Hannemann hierselbst.
30. A.-G. Stolp. Erster Termin: Schuhmachermstr. H. Fleischfresser'sche Eheleute daselbst.

Stettin, den 19. April 1887.

Bekanntmachung.

Nach einer kürzlich vorgenommenen chemischen Untersuchung hat das Wasser der hiesigen Leitung in 100,000 Theilen 6,65 Theile organischer Stoffe enthalten und ist demnach zur Zeit kein gutes Trinkwasser.

Königliche Polizei-Direktion.
J. V. **Held.**

hüllung, Mr. Longfield, entzog der siegreichen Anklage bereits das feste Fundament —"

„Und doch konnte man über meinen Sohn das Todesurtheil fällen!"

„Ja, sehen Sie, das war ein Meisterstück des Staatsanwalts, dem man Bewunderung zollen muß. Er hatte ja ganz recht, die Doppelgängergeschichte für eine Phantasie und Sie einfach für geisteskrank zu erklären, natürlich vom juristischen Standpunkt aus, Mr. Longfield. Es regt Sie noch gewaltig auf, wie ich sehe. Hoffentlich werden Sie diese Nacht ruhig schlafen, um morgen den Sohn recht fröhlich zu begrüßen."

„So kommt er morgen frei?"

„Das nicht, — wir müssen erst den Anderen hinter Schloß haben. Doch sollen Sie ihn jetzt täglich besuchen, Mr. Longfield!"

Er schüttelte beiden Herren die Hand und verließ sie dann eiligst.

„Ein wackerer Gentleman," bemerkte Longfield. „Ich will aber doch dem Himmel danken, wenn ich nicht wieder mit solchen Herren zu schaffen habe."

„Das heißt vor Gericht, lieber Charley! — Im Uebrigen mag sich ganz gut mit den Herren vom Jus leben lassen."

22.

Rückblicke.

Die Bewohner der Stadt X. waren seit acht Tagen nicht aus der Aufregung gekommen, da man stündlich der Ankunft des wirklichen Mörders entgegen gesehen und sich bereits das Gerücht verbreitet hatte, daß ein solcher gar nicht existire und der schöne Engländer doch daran glauben müsse.

Vor der Thür des Krämers Remmers, welcher dem Hause des ermordeten Longfield gegenüber wohnte, standen an einem Nachmittag mehrere Kunden, um dem Barbier Wedemeier zuzuhören, welcher dem Krämer mit lebhafter Gestikulation soeben mittheilte, daß vor einer Stunde eine ganze Droschke voll Engländer, Herren und Damen, angekommen und im Hotel zum „Goldenen Engel", wo der Vater des Gefangenen wohne, abgestiegen seien.

„Der Mörder in einer Droschke?" fragte der Krämer ungläubig.

„Warum nicht gar!" lachte der Barbier. „Es waren lauter Verwandte des Mr. Longfield, der vor Freude halb närrisch wurde. Voran seine Frau, eine schöne, stattliche Dame, das Ebenbild ihres Sohnes, und zwei junge Damen, — reines Zuckerbrod, zum Anbeißen, sag' ich Euch!"

„Aber der Mörder, weshalb kommt der nicht?" tönte es ringsum ungeduldig.

„Nur sachte," mahnte der Barbier, — „der kommt überhaupt nicht. Habt Euch umsonst auf die Hinrichtung gefreut."

Herr Wedemeier kannte seine Pappenheimer, die Leute sahen in der That enttäuscht aus.

„Weshalb denn nicht? Wissen Sie das so genau? Aha, es giebt doch keinen anderen Mörder, als den wir hier im Käfig haben!" So tönten die Fragen und Bemerkungen durcheinander.

„Ob ich es weiß?" erwiderte der Barbier stolz. „Natürlich, denn mir hat's der Vertheidiger heute selber gesagt. Der wirkliche Mörder steht schon vor einem anderen Richter, weil er sich im Londoner Gefängniß getödtet hat, — versteht sich, erst nachdem er vorher ein volles Bekenntniß abgelegt hatte. Na, die Geschichte kommt nun noch einmal vor's Schwurgericht —"

„Was, der todte Mörder?"

„Dummes Zeug! Ist der Unschuldige nicht zum Tode verurtheilt? Muß der Gerichtshof ihn nun nicht wieder freisprechen?"

„Lieber Gott, was für Unsinn!" meinte der Krämer. „Wenn Einer unschuldig ist, so muß er so wie so frei werden, der andere Kram ist die reine Zeitverschwendung."

„Na, hören Sie, mein lieber Remmers," versetzte der Barbier kopfschüttelnd, „so 'ne Ansicht hätt' ich von Ihnen doch nicht erwartet. Der Gerichtshof ist dem Engländer Genugthuung schuldig, d'rum müssen dieselben Richter und Geschworenen, die ihn verurtheilt haben, ihn auch feierlich freisprechen. Das ist doch die einfache Gerechtigkeit, sollt' ich meinen."

(Fortsetzung folgt.)